

Malwinenabkommen unterzeichnet Inselbesuch für Argentinier erlaubt - aber mit Reisepass und Bedingungen

Unter den Fahnen Argentiniens und Großbritanniens haben am Mittwoch in London die Außenminister beider Länder, Guido Di Tella und Robin Cook, das erste Abkommen seit dem Malwinenkonflikt 1982 für die Aufnahme des Flugverkehrs zwischen den Inseln und Argentinien sowie die Genehmigung für argentinische Bürger, die Malwinen zu besuchen, unterzeichnet. Ab 16. Oktober wird eine Maschine der Fluggesellschaft Lan Chile, die in den nächsten Tagen ihren direkten Flugdienst zwischen Punta Arenas und den Malwinen wieder aufnimmt, eine Zwischenlandung in Río Gallegos durchführen.

Es wird von diesem Tag an vier Flüge monatlich geben, und einer von ihnen muss in der Hauptstadt der Provinz Santa Cruz zwischenlanden, sowohl auf dem Hinflug, als auch auf dem Rückflug. Die Argentinier werden die Inseln besuchen können, allerdings mit Reisepass. Es wird keine „Quoten“ geben, doch wird sich die Zahl der Malwinenreisenden der Kapazität der Hotels auf den Inseln anpassen müssen. Von den Besuchern wird verlangt werden, daß sie ihre Unterkunftfrage „frühzeitig vor Reiseantritt regeln, sowie über ein Rückflugbillet und ausreichende Mittel zur Bestreitung ihres Aufenthaltes verfügen“, wie es in einem zusätzlichen Text zum Abkommen heißt. Das Abkommen, das ebenfalls von zwei Inselräten unterzeichnet wurde, beinhaltet andererseits nicht das Thema der Souveränität. Das Thema bleibt unter der juristischen Formel des „Regenschirms“ ausgeklammert, die 1989 von Argentinien und Großbritannien vereinbart

wurde. Im Rahmen des jetzigen Abkommens wurde jedoch vereinbart, die bilaterale Zusammenarbeit bei der Erhaltung der Fischressourcen und der Kontrolle des illegalen Fischfangs im Südatlantik zu verstärken.

Eine andere Frage sind die Namen, die in Argentinien hinsichtlich von Orten auf den Inseln gebräuchlich sind. Die Inselbewohner lehnen nach wie vor ab, daß der Hauptort der Inseln, Port Stanley, von den Argentinern weiterhin Puerto Argentino genannt wird und die Inselbevölkerung „Kelpers“. Wie Außenminister Guido Di Tella sagte, seien 17 Prozent der Namen auf den Inseln spanischen Ursprungs, die die Inselbewohner auch in Zukunft respektieren wollen.

Auf dem Friedhof von Darwin wird nach Antrag bei den Inselbehörden für die gefallenen Argentinier ein Denkmal errichtet werden. Die Hissung einer argentinischen Fahne auf dem Friedhof von Darwin, ein von Präsident Carlos Menem gefördertes Anliegen, erreichte Di Tella bei seinen Verhandlungen jedoch nicht.

Die Zeremonie in London war kurz und emotional. Cook lobte gegenüber seinem Kollegen aus Buenos Aires dessen Beharrlichkeit und Geduld im Erreichen einer Lösung. „Eine neue Ära der praktischen Zusammenarbeit beginnt, das ist ein historisches Ereignis. Es herrscht gegenseitiger Respekt und Verständnis. Auch die Parteien der Opposition in Argentinien haben das Abkommen unterstützt“, erklärte Cook. Das Abkommen weiche die Spannung zwischen den Falklands und Argentinien auf.

Ruckaufs Problem

Vizepräsident Carlos Ruckauf will in seinem Amt kein Gehalt mehr beziehen und an keinem Akt teilnehmen, der rechtliche Folgen haben kann, bis der Oberste Gerichtshof über die Gültigkeit seines Verfassungsmandates geurteilt hat. Der Entschluss Ruckaufs, den dieser am Mittwoch bekannt gab, beruht auf dem Umstand, daß sein vierjähriges Mandat in Übereinstimmung mit Artikel 90 der Verfassung am 8. Juli auslief.

Am gleichen Tag wie Ruckauf trat der wiedergewählte Präsident Carlos Menem sein Amt an, dessen Formelpartner Ruckauf war. Zum Zweck einer Vereinheitlichung der Mandate schlossen die Konstituentenmitglieder im Rahmen der Verfassungsreform eine Übergangsklausel (die zehnte) ein, in der sie festschrieben, daß Menems Amtszeit am 10. Dezember endet. Doch vergaßen die Reformer, das Amt des Vizepräsidenten in diese Norm einzuschließen.

Neuer Schlagabtausch Menem-Alvarez „Die kybernetische Unwissenheit des Abgeordneten Alvarez“

Mit dem Titel „Die kybernetische Unwissenheit des Abgeordneten Alvarez“ hat Staatspräsident Carlos Menem einen Brief an eine Tageszeitung der Hauptstadt geschickt, in dem er Erklärungen des Frepasochefs und Vizepräsidentenchaftskandidaten, Carlos „Chacho“ Alvarez, erwidert, die dieser in den USA gemacht hatte.

Alvarez hatte im Rahmen seiner USA-Rundreise einer Pressekorrespondentin bei einem Besuch im Informatikzentrum Silicon Valley gesagt, eine eventuelle Regierung der Allianz werde Internet als Werkzeug im „Kampf gegen die Korruption“ einsetzen. Der Abgeordnete hatte hinzugefügt: „Menem hat nichts getan, um die Argentinier an Internet anzuschließen, das eine mächtige Waffe in der Bekämpfung der Korruption ist“, und der Regierung geraten, „über Internet zu verbreiten, wie sie ihre Ressourcen aus-

gibt. Derart könnten die Argentinier seine Amtsführung kontrollieren und beurteilen.

In dem fünfseitige Schriftsatz Menems beantwortete dieser Alvarez' Vorwürfe und disqualifizierte dessen Ausflug in die Welt der Informatik. „Mit der Naivität eines Heranwachsenden“, heißt es in dem Text, „packte er (Alvarez) die Koffer, reiste in die USA und enthüllte dort die Vorteile von Internet für die gute Verwaltung der Regierungen, der Bildung und der Bekämpfung der Korruption.

Die Unwissenheit des Herrn Alvarez, und wenn nicht Unwissenheit, seine böse Absicht, scheint eine Art gewollte Unbeholfenheit. Inmitten der Wahlkampagne spielt er auf die Notwendigkeit an, die Amtsführung transparent zu machen, erwähnt aber nicht, welches die Mechanismen sind, mit der das gemacht

werden soll.“

Der Präsident stellt in seinem Test weiter fest, „an die bereits bekannte Beschimpfung, derzufolge dieser Präsident nichts getan habe, schließt der Abgeordnete die Weisheit an, daß ‚sehr wenig‘ Argentinier Computer haben und weniger noch seien an Internet angeschlossen. ...Der Herr Kandidat sollte lieber schweigen, wenn er nichts weiß.

Die Position des US-Vizepräsidenten Al Gore, der aus der Digitaltechnologie und Internet zwei zentrale Themen seiner Amtsführung gemacht hat, ist bekannt“. Im Dezember habe er der argentinischen Regierung einen Brief gesandt, in dem er ihr zu der Ausdehnung und Durchführung der angewandten Informatikpolitik gratulierte. „Alvarez weiß dies nicht, oder verschweigt er es?“, schloss Menem seinen offenen Brief.

Differenzierung

Eduardo Duhalde und Fernando de la Rúa bemühen sich, eine Differenzierung zum politischen Profil der beiden Hauptpolitiker ihrer Parteien herbeizuführen, nämlich Carlos Saúl Menem bzw. Raúl Alfonsín. De la Rúa fällt das leichter, weil Alfonsín seit zehn Jahren nicht mehr Präsident ist und sein Unfall ihm Mitgefühl weiter Bevölkerungskreise einbringt, die über die politischen Facetten des vorzeitig ausgeschiedenen Landeschefs hinwegsehen. Zudem stand de la Rúa zur Zeit der Präsidentschaft Alfonsíns in parteiinterner Opposition zu dessen inflationsträchtiger Wirtschaftspolitik, so dass es ihm jetzt keinesfalls schwer fällt, für die Stabilität einzutreten, die Menem mit der Konvertibilität und flankierenden Massnahmen bewirkt hat.

Paradoxerweise muss sich Duhalde viel intensiver bemühen, um sich von Menem zu differenzieren. Duhalde war zwei Jahre lang Vizepräsident Menems, allerdings am Anfang der ersten Präsidentschaftsperiode von 1989 bis 1991, als er die Wahlen für das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires gewann. Diese erste Präsidentschaft Menems verdient nach Duhalde Lobeshymnen, womit sich der Gouverneur mit Menem identifiziert, ohne sich zu differenzieren.

Anders verhält es sich mit der zweiten Amtszeit des Staatschefs. Duhalde äusserte sich am vergangenen Wochenende kritisch zur Wiederwahl schlechthin, die Menem 1993 mit Alfonsín im Pakt von Olivos vereinbart hatte und die ihren Niederschlag in der Verfassungsnovelle von 1994 fand. Damals hiess es, dass Duhalde keinesfalls über die Wiederwahl Menems erfreut gewesen sei, weil ihm unterstellt wurde, dass er selber 1995 hätte kandidieren wollen. Indessen verbot ihm die damalige Verfassung ebenso wie Präsident Menem die Kandidatur, weil Duhalde nach zwei Jahren als Vizepräsident sechs Jahre hätte warten müssen, ehe er Kandidat werden könnte, also mitnichten 1995 ohne Verfassungsreform.

Neuerdings spricht sich Duhalde deutlich gegen eine Wiederwahl des Staatschefs in Folge aus. Sollte er gewählt werden, so würde er nur vier Jahre amtieren und auf eine Wiederwahl verzichten. Mit dieser Präzisierung seiner politischen Absichten für 2003 öffnete Duhalde den Weg für eine Kandidatur Menems, Ortegas, Reutemanns oder wer auch immer sich dann für das höchste Amt im Land interessiert. Zudem empfahl Duhalde eine abermalige Verfassungsreform, damit die Amtszeit des Präsidenten von vier auf fünf Jahre - nicht sechs wie bei der vorherigen Verfassung - verlängert werde, aber ohne sofortige Wiederwahl, allenfalls nach einer Zwischenperiode, etwa wie im benachbarten Uruguay, wo der jetzige Präsident Julio María Sanguinetti nach einer fünfjährigen Zwischenperiode wieder gewählt wurde und sein Nachfolger bzw. Vorgänger Luis Alberto Lacalle sich gegenwärtig zur Wiederwahl ebenfalls nach einer fünfjährigen Wartefrist stellt.

Mit diesen Postulaten einer einmaligen Präsidentschaft mit Wiederwahlverzicht im Jahr 2003 und der Verfassungsreform mit fünf Jahren Amtszeit ohne Wiederwahl in Folge differenziert sich Duhalde deutlich von Menem. Allerdings dürften ihm die meisten Referenten der Öffentlichkeit diese Verheissungen kaum abnehmen. Man glaubt Politikern grundsätzlich nicht, wenn sie auf Amt und Ehren im voraus verzichten, weil sie jederzeit ihr Wort ändern können, so auch Duhalde, sollte er gewählt werden und dann trotzdem die Wiederwahl 2003 anpeilen.

Einige Wochen vor dieser politischen Differenzierung hatte Duhalde die wirtschaftspolitische Differenzierung gegenüber Menem in die Wege geleitet, als er seine konfuse Erklärungen über den Schuldenerlass im Sinne des Papstes zum besten gab. Demnächst wird Duhalde den Vatikan besuchen und ihm seine neueste Schuldenvariante unterbreiten. Der Papst geniesst seine Sommerferien in Castel Gandolfo. Diese Variante zielt vorerst nicht auf einen Schuldenerlass im biblischen Jubeljahr 2000, sondern ledig-

lich auf eine Streckung der Fälligkeiten der öffentlichen Schuld in diesem Jahr. Ob damit nur die Schulden mit Regierungen, genannt Pariser Klub, und internationalen Finanzanstalten (IWF, Weltbank und BID) gemeint sind, ob die einjährige Streckung die Zinsen und die Fälligkeiten oder nur die Zinsen betrifft, das hat Duhalde verschwiegen. Ihm schwebt vage vor, dass die Regierungsgewaltigen der sogenannten Gruppe der 7, das sind die mächtigsten Industrieländer, Argentinien als ein sozial notleidendes Land einstufen und dann eine Verschnaufpause von einem Jahr einschalten, damit sich die Wirtschaft erholt. Allerdings lehnte Duhalde entschieden die ihm unterstellte Absicht ab, die Schulden nicht zu bezahlen.

Duhalde hat neuerdings auch das Argument der Agrarsubventionen vorgebracht, deren Schaden sein wirtschaftspolitischer Sprecher Jorge Remes Lenicov auf fünf Milliarden Dollar Exporteinzubussen im Jahr bemass. Diese Subventionen erschweren Argentinien die Bezahlung der Auslandsschulden, weil sie die Agrarpreise drücken und den Zugang zu den Märkten in Europa, Nordamerika und Japan verschliessen oder erschweren. Duhalde hat in argentinischer Sicht Recht, wenn er die Agrarsubventionen als Junktim mit der Auslandsschuld verquickt, sind doch die verantwortlichen Politiker die gleichen, die weltweit die Finanz- und Agrarpolitik bestimmen. Indessen dürften diese Politiker gar nicht daran denken, Argentinien finanziell zu entlasten und die Agrarsubventionen abzubauen, die ihnen die allmächtigen Agrarlobbies aufbürden.

Mit seinen pausenlosen Bestrebungen, sich von Menem zu differenzieren, als ob die Justizialistische Partei, deren Kandidat er ist, in Opposition zur Regierung stünde, verliert Duhalde Unterstützung bei menemtreuen Partei- und Wechselwählern sowie bei zahllosen Sparern und Hausfrauen, die die Stabilität schätzen und sich um ihr Erspartes sorgen. Dass der Papst Einfluss auf die Gruppe der 7 nehmen könnte, sollte er die Bemühungen Duhaldes ernst nehmen, glaubt hierzulande kein Mensch. Unterdessen fragt man sich, ob Duhalde als Präsident die Staatsschulden wirklich honorieren wird, deren Gläubiger zahllose Argentinier sind, allein drei Millionen in den privaten Rentenkassen, die zur Hälfte Staatsverschuldungen für Rechnung künftiger Pensionäre halten. Kein Wunder, dass die Börse taumelt, wenn Duhalde zwecks Differenzierung von Menem dauernd insistiert, dass ein Schuldenerlass oder eine Aufschiebung der Schuldenbedienungen im Jubeljahr 2000 unerlässlich sei.

Duhalde beklagt sich, dass Menem ihn nicht als Kandidaten unterstützt, was der Präsident wiederum mit seinen Beteuerungen zugunsten Duhaldes widerlegt, dem er freilich anheimlegt, mit der Schuldenkonfusion aufzuräumen und klipp und klar zu erklären, dass die Schulden bezahlt werden und basta.

Die Differenzierung Duhaldes kommt diesem inzwischen teuer zu stehen. Die jüngsten Umfragen über die Absichten der Wähler geben de la Rúa einen deutlichen Vorsprung von fünf Punkten, nachdem noch vor wenigen Wochen ein Patt bestand. Duhalde hatte gegenüber dem Jahresende aufgeholt, als de la Rúa ihm, der damals noch kein formeller Parteikandidat war, etwa zwanzig Punkte Vorsprung abgewonnen hatte.

Mit weiteren Differenzierungen gegenüber Menem verunsichert Duhalde die Wähler, die ihn wählen würden, wenn er zu Menems Stabilisierungs- und Schuldenpolitik stehen würde und die gewünschte Differenzierung allenfalls auf andere Aspekte der Regierungspolitik ablenken würde, darunter Erziehung, Sicherheit, Justiz und sozialen Ausgleich, die keinesfalls mit einer Konfrontation einher gehen würden. Besteht Duhalde, wie es aussieht, auf seinen konfusen Schuldenpostulaten, so läuft er Gefahr, weiterhin ins Hintertreffen gegenüber de la Rúa zu geraten, je näher der Wahltermin rückt.

Lokale Reaktionen und in der Welt

Meinung der PJ und Allianz-Kandidaten Kommuniqués im Ausland

Die Präsidentschaftskandidaten von Allianz und PJ, Fernando de la Rúa und Eduardo Duhalde, haben das Abkommen mit Großbritannien für die Wiederaufnahme der Flüge nach den Malwinen am Mittwoch übereinstimmend als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Souveränität eingestuft. Fernando de la Rúa äußerte sich zu dem Thema mittels eines Presse-Kommuniqués, das seine Kampagnemannschaft in Umlauf brachten.

Darin heisst es, das mit London unterzeichnete Abkommen sei „ein positiver Schritt, der durch die aktive Beteiligung Lateinamerikas möglich wurde“.

Andererseits aber stellte de la Rúa die Rolle der Kelpers in den Verhandlungen in Frage. „Die dauernde Forderung unserer Souveränität ist zu wiederholen. Es bleibt außerdem klargestellt, daß es sich um eine bilaterale Verhandlung zwischen beiden Regierungen handelt. Auch daher sehen wir als den einzigen offiziellen Ansprechpartner die Regierung in London“, versicherte de la Rúa.

Der PJ-Präsidentschaftskandidat Eduardo Duhalde war der Politiker, der die Verhandlung der Regierung mit Großbritannien, die am

Ende in dem Abkommen gipfelte, am meisten lobte. „Es ist die korrekte Politik, die uns Argentinern nützlich ist. Es ist der erste Schritt zur Erreichung unserer völligen Unabhängigkeit. Die weiteren Schritte werden sich mit der Zeit geben“, unterstrich Duhalde.

Die Reaktionen ließen nicht auf sich warten. Die brasilianische Regierung äußerte in einem Kommuniqué Glückwünsche für die Abkommenspartner und ihre Hoffnung, daß das Abkommen die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Großbritannien unter für beide Seiten günstigen Bedingungen im Geiste der Wiederversöhnung bedeuten.

Der peruanische Präsident Alberto Fujimori beglückwünschte gegenüber der Presse die argentinische Regierung zu den Fortschritten in den bilateralen Beziehungen mit Großbritannien.

Auch das US-State Department gab am Mittwoch ein Kommuniqué heraus, in dem es hieß: „Es ist ein bedeutender Beweis dafür, daß bei Vorhandensein von Geduld, Bestimmtheit und Bereitschaft, Fortschritte gemacht werden können, wenn die Differenzen über den Weg des Dialoges und der Diplomatie behandelt werden“.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Eine Lanze für Duhalde

Präsident Carlos Menem hat am Wochenende erklärt, er vertraue darauf, daß Eduardo Duhalde und Ramón Ortega in den Oktoberwahlen zum Vorteil für Argentinien, die Allianz besiegen werden. Auf sie baue er, so Menem, und er glaube, daß beide eine ausgezeichnete Wahlkampagne machen werden.

Beliz vs. Cavallo

Explosiv wie 1993, als er mit Pauken und Trompeten und der Feststellung aus Menems Regierung austrat, er stehe „in einem Schlangennest“, hat Gustavo Beliz am Montag seinen Ex-Ministerkollegen Domingo Cavallo bezichtigt. „er ist fähig, für ein wenig Macht, die Mutter zu verkaufen“. Damit reagierte der ehemalige Innenminister auf die Ankündigung von Cavallo, er wolle sich im kommenden Jahr um das Amt des Regierungschefs in Buenos Aires bewerben.

US-Geschenk für Präfektur

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der Prefectura Naval Argentina (Argentinische Marine-Präfektur) ein Küstenwachboot geschenkt, das den Namen Punta Mogotes tragen wird. Das Schiff ist für den Kontrolldienst an der Küste, ganz besonders im Zusammenhang mit der Bekämpfung

des Rauschgifthandels vorgesehen. Gerade jetzt ist Washington besorgt über die Zunahme derartiger Aktivitäten in Argentinien.

Zeter und Mordio

Melchor Posse, Formelpartner der Gouverneurskandidatin in der Provinz Buenos Aires Graciela Fernández Meijides, hat erklärt, die Entscheidung von Silvia Vázquez (UCR) sich in Avellaneda ohne Berücksichtigung der Vereinbarungen der Allianz aufstellen zu lassen, sei ein Risiko für die Koalition.

Protest gegen Hundetötung

Bürger und Angehörige von Tierschutzvereinen veranstalteten am Montag eine Demonstration als Protest gegen die geplante Tötung von 115 Hunden. Die Demonstranten bildeten dabei eine symbolische Kette um den Centro Antirrábico (Anti-Tollwut-Zentrum) in Tigre, wo diese Massentötung durchgeführt werden soll.

Gesundheitsnotstand

Familienangehörige, Freunde und Patienten, die Organübertragungen erhielten, haben zu Wochenbeginn mit einer „Solidaritätsversammlung“ ihre Verbundenheit mit einem 14jährigen Jungen demonstriert, der auf eine dringende Herztransplantation wartet. Einzelheiten bietet das

Red Solidaria unter der Rufnummer 4761-7781 zur Verfügung.

Mehrarbeit als Protest

Die Angestellten der Öffentlichen Bibliothek General San Martín in Mendoza, der ältesten und bedeutendsten Einrichtung dieser Art in der Provinzhauptstadt, haben am Montag und Dienstag einen „Arbeitsmarathon“ durchgeführt. Sie standen den Benutzern während 36 Stunden ununterbrochen zur Verfügung. Die Bibliotheksangestellten fordern Polizeiaufsicht zur Vermeidung von Delikten und eine Aufbesserung des Haushaltes für die Konservierungsarbeiten an den 120.000 Büchern, von denen einige aus dem XVI. Jahrhundert stammen.

Besuch aus Corrientes

Der Gouverneur der Provinz Corrientes, Hugo Perlé, hat am Dienstag Innenminister Carlos Corach besucht. Die von ihm angestrebte finanzielle Hilfe bekam er nicht, doch wurde Perlé technische Unterstützung angesichts der Krise in der Provinz zugesagt.

Truppen für Kosovo

Verteidigungsminister Jorge Domínguez ist am Mittwoch nach Brüssel geflogen, wo er die Einzelheiten für die Entsendung eines argentinischen Kontingents für humanitäre Hilfe nach Kosovo festlegte. Es geht dabei um ein

Feldhospital und Pioniertruppen. Vorgesehen sind Gespräche mit dem Oberkommando der Alliierten in Europa, dem US-General Wesley Clark und dem belgischen General André Flahaut. In der kommenden Woche stattet Domínguez seinem spanischen Amtskollegen Eduardo Serra Rexach in Madrid einen Besuch ab.

Oviedo unerwünscht

Nach einem Gespräch mit dem Präsidenten des paraguayischen Parlaments, Juan Carlos Galaverna, hat der Präsidentschaftskandidat der Allianz, Fernando de la Rúa am Dienstag erklärt, der paraguayische Putsch-General Lino Oviedo müsse sich einen anderen Aufenthaltsort suchen und Argentinien verlassen. De la Rúa empfing Galaverna im „Weißen Salon“ im Amtsgebäude der Regierung der unabhängigen Stadt Buenos Aires.

CGT in Opposition

Die CGT-Führung hat am Dienstagabend der Regierung gegenüber ihr Nichteinverständnis mit neuen Änderungen im Arbeitsgesetz und in den die Altersversorgung betreffenden Gesetzen dargelegt. Außerdem äußerten die Gewerkschafter ihre Besorgnis über die Situation des PAMI.

Neuer Dienst der ANSES

Die Administración Nacional de la Seguridad Social (ANSES, Nationale Verwaltung für Sozialversicherung) hat ein neues Betreuungssystem für Rentner und Pensionsbezieher gestartet. Mit dem System telefonischer Zuteilung fester Beratungsterminen (turnos), soll eine Vereinfachung für den Kunden erreicht werden, indem an einem vorbestimmten Tag zu vorher festgelegter Stunde verschiedene Anträge gestellt werden können, eingeschlossen Renten- oder Pensionsanträge. Die Bearbeitung wird in den Unidades de Atención Integral (UDAI, Allgemeine Betreuungsstelle) erfolgen.

Die Termine hierfür werden in den Unidades de Atención Telefónica (UDAT, Telefonische Betreuungsstelle) vergeben. Der Behördenvertreter nimmt am Telefon nicht nur den Antrag entgegen und setzt den Termin der persönlichen Vorsprache fest, sondern berät den Antragsteller auch über die erforderlichen Unterlagen. „Damit wird vermieden, daß der Antragsteller mehr als einmal persönlich bei der UDAI vorsprechen muss und gezwungen ist, Schlange zu stehen“, erklärt ANSES-Chef Leopoldo van Cauwlaert.

„Außerdem“, so van Cauwlaert, „schicken wir ihm das benötigte Formular für die Antragstellung ins Haus.“ Bislang sind acht UDAT in Betrieb, die Fragen im Zusammenhang mit Renten oder Pensionen beantworten. Sie nehmen im Durchschnitt etwa drei Millionen Anrufe pro Jahr entgegen.

Die UDAT wird jetzt durch das System der festen Termine, in dessen Rahmen Renten- und Pensionsangelegenheiten sowie solche im Zusammenhang mit den „asignaciones familiares“ (Familienbeihilfen) zu einem vorher telefonisch vereinbarten Zeitpunkt ohne Wartezeit erledigt werden können. Die am meisten in Anspruch genommenen UDAI sind die im Stadtzentrum, die Termine bis zu sieben Werktagen im voraus vergeben.

Lange Lebenserwartung

Für die UN ist die Lebenserwartung eines der zentralen Punkte für die Einreihung Argentiniens unter die 45 Länder mit dem höchsten Stand an Humanentwicklung. Aus einem Bericht über die Auswirkungen der Globalisierung in der Welt, der Anfang der Woche vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD) in London vorgestellt wurde, geht hervor, daß die mittlere Lebenserwartung in den Ländern mit einem hohen Grad von Humanentwicklung bei 77 Jahren liegt. In Argentinien beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen 76,8 und für Männer 69,7 Jahre, was dem Land die Einstufung an 39. Stelle der insgesamt 174 untersuchten Länder einbrachte.

Ein weiterer ausschlaggebender Punkt war die Alphabetisierungsquote, die in Argentinien bei 96,5 Prozent der Bevölkerung liegt. Der UN-Bericht nennt dann Zahlen hinsichtlich der Bildung. So liegt die Beteiligung an der Grundschulbildung in Argentinien bei 99,9 Prozent. Dies der Wert, den in der Untersuchung die Länder auf den ersten 21 Plätzen der Untersuchung erreichen. Sowohl die Lebenserwartung als auch das Bildungsniveau werden als entscheidende Variablen für die Analyse des Wohlstandes gesehen. Verschiedene Zahlen sichern Argentinien in dem UN-Bericht gute Plätze in verschiedenen Bereichen, andere sind weniger erfreulich.

So geht aus dem Bericht auch hervor, daß 29 Prozent der Argentinier nicht über Trinkwasser verfügen. Wenn auch die jetzigen Werte nicht mit denen vergangener Jahre verglichen werden können, weil die Methodologie geändert wurde, ist doch aufschlußreich, daß Argentinien insgesamt abgestiegen ist. In Lateinamerika steht Chile an 34. Stelle und ist damit das Land in der Region mit den „besten Noten“. Die Meinung des chilenischen Präsidenten Eduardo Frei: „Wir müssen weiter an der Ausmerzungen der Armut arbeiten.“

Regierungswechsel in Córdoba

Nach 16 Jahren Radikalismus übernimmt der Justizialismus das Steuer

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte in der Provinz Córdoba durch den Justizialisten José Manuel De la Sota sind am Montag 16 Jahre radikaler Regierungen in der Provinz zu Ende gegangen. Die Radikalen haben jedoch weiterhin die Mehrheit in beiden Kammern der Provinzlegislative. Als erste Amtshandlung kündigte Gouverneur De la Sota eine Steuersenkung und eine Kürzung bei den Gehältern der höchsten Funktionäre an.

Für De la Sota und den Libe-

ralen Germán Kammerath, der als Vizegouverneur antrat, war der Tag Höhepunkt eines langen Überganges. Ihre Formel, die die Allianz Unión für Córdoba repräsentiert, hatte die Wahlen am 20. Dezember des vergangenen Jahres gewonnen und damit die Wiederwahlträume des Radikalen Ex-Gouverneurs Ramón Mestre beendet. Am Montag bestätigte der neue Gouverneur die Erfüllung seines zentralen Wahlversprechens und wenige Minu-

ten später unterschrieb De la Sota die Dekrete für die Steuersenkung. Gleichzeitig kündigte er einen Generalpardon für alle Schuldner mit der Schenkung der Zinsen, Geldbußen und Zuschläge an.

Die erste Zeremonie fand im Rahmen der Vollversammlung der Provinzlegislative statt, wo De la Sota und Kammerath ihren Amtseid ablegten. Der neue Gouverneur hielt eine kurze Ansprache, in der er wesentliche Unterschiede im Verhältnis zu seinen Vorgängern aufzeigte, nicht nur wegen der beeindruckenden Ankündigungen, sondern auch wegen des von ihm vorgeschlagenen Wechsels im politischen Klima. Am Ende sangen einige Angestellte der Legislative, Abgeordnete und eine Gruppe von Personen auf den Rängen Teile des Peronistenmarsches.

Abgeordnete und Senatoren des Radikalismus hörten schweigend zu, einige schüttelten mit dem Kopf, als De la Sota die Steuersenkung verkündete. Für

viele geht die Gleichung ohne eine schwere Belastung der Provinzfinanzen nicht auf.

Danach begaben sich der neue Gouverneur und sein Vize in das Regierungsgebäude, um mit Ramón Mestre die Akte der Regierungsübergabe zu unterzeichnen. De la Sota zeigte sich dabei mit einer Schärpe in den Landesfarben, die ihm eine Gruppe von Ordensschwwestern geschenkt hatte und mit einer Art Zepter, das Freunde für ihn anfertigen ließen. Weder Eduardo Angeloz noch Ramón Mestre hatten diese Symbole der Regierungsmacht je benützt. An den Zeremonien der Amtsübernahme nahmen auch Staatspräsident Carlos Menem, einige seiner Minister, sechs Gouverneure, Botschafter, Nationalabgeordnete und Senatoren sowie zahlreiche eingeladene Gäste teil. Nicht anwesend waren der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde und Ramón Ortega, die Formelpartner für die Präsidentschaftswahlen im Oktober.



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

Wahlbarometer günstig für de la Rúa

Allianzformel verbessert Präferenzen gegenüber PJ

Die Formel der Allianz für die Präsidentschaftswahl, Fernando de la Rúa und Chacho Alvarez, hat in einer Meinungsumfrage fast fünf Prozentpunkte mehr für sich verbucht, als die PJ-Formel mit Eduardo Duhalde und Ramón Ortega. Die vom Centro de Estudios de Opinión Pública (CEOP, Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) durchgeführte Untersuchung ergab, daß die Allianzformel im Vergleich zu der vom gleichen Institut im Mai durchgeführten Befragung, die 1,6 Punkte Vorsprung für die Allianz errechnete, ihren Vorsprung gegenüber Duhalde/Ortega um 3,3 Punkte auf 4,9

Prozentpunkte ausbauen konnte. 10,5 Prozent der Befragten gaben demnach an, Wechselwähler zu sein. Die CEOP-Umfrage wurde in der zweiten Hälfte des Monats Juni in Buenos Aires, Groß-Buenos Aires und in 15 Städten des Landesinneren durchgeführt.

Wenig mehr als drei Monate vor der Wahl landet der Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo mit 4,8 Prozent, fast drei Prozent weniger als in der Maibefragung, auf einem abgeschlagenen dritten Platz. Die Umfrage war hinsichtlich Cavallo und Gustavo Beliz als potentiell Formelpartner ausgegangen, doch geriet diese Partner-

schaft in den letzten Tagen in die Nähe einer Scheidung.

Im Mai waren die Präferenzen für Duhalde auf dem Zenit angelangt, nachdem der Duhaldismus in den bonaerenser Internwahlen den Menemismus vernichtend geschlagen hatte, was die Designierung des Gouverneurs als Präsidentschaftskandidat bedeutete.

Diesmal aber wurde die Umfrage zu einem für die Allianz günstigeren Zeitpunkt angestellt. Wenn sie auch die Wahlen in Tucumán und Tierra del Fuego verlor, so gewann sie doch in San Juan und Río Negro. Außerdem aber spielten Umstände wie etwa die

Tagung der Sozialistischen Internationale in Buenos Aires eine Rolle, in deren Verlauf sich Fernando de la Rúa zusammen mit einigen der führenden europäischen Politikern zeigte.

Die Allianz-Formel erreicht ihren größten Vorteil in der Hauptstadt mit einer Differenz von 34,5 Punkten, während sie in Groß-Buenos Aires, der Hochburg des PJ, ein Unentschieden erzielt. De la Rúa und Alvarez dominieren auch in den Städten mit über 100.000 Wählern, in Kleinstädten verlieren sie. In der Gruppe der Städte mit über 300.000 Einwohnern, in der alle bedeutenden Städte des Landesinneren zusammengefasst sind, erreichte die Allianz einen Vorteil von 10,8 Punkten, in den Städten mit 100.000 bis 300.000 Einwohnern etwas weniger: 8,1 Prozent. In den kleineren Orten schließlich dominiert die PJ-Formel mit 4,2 Punkten.

Derart bestätigt die CEOP-Untersuchung die Tendenz, die seit der Gründung der Allianz 1997 vorherrscht: Die Oppositionskoalition ist ein Phänomen, das in Wesentlichen mit der Kraft der großen Städte entstand. Dort dominiert sie heute, während der PJ seine stärkste Bastion in den kleinen Orten des Landesinneren hat. Das Anwachsen der Präferenzen für Allianz-Formel und die Stabilisierung der Kandidaten der Regierungspartei geht einher mit anderen Daten der CEOP-Umfrage, wie etwa hinsichtlich des Image der Politiker.

De la Rúa ist nach wie vor der Politiker mit dem größten Ansehen. 70,3 Prozent der Befragten sehen ihn in einem positiven Licht, drei Prozent mehr als in der Mai-Umfrage und 5,1 Prozent mehr als im Januar. Danach kommt die Gouverneurskandidatin Graciela Fernández Meijide mit 51,4 Prozent. Mit jeweils 49,8 Prozent werden der Vizepräsidentenkandidat Chacho Alvarez und Ex-Präsident Raúl Alfonsín registriert. In bezug auf Alfonsín wirkt sich der Eindruck des Autounfalls, den er am 16. Juni im Rahmen der Wahlkampagne in Río Negro erlitt, auf die öffentliche Meinung aus. Im Mai hatten ihm 37 Prozent der Befragten ein positives Image bescheinigt.

Erst nach diesen vier Politikern der Allianz erscheint Duhalde mit 46,5 Prozent. In der Mai-Umfrage hatte der bonaerenser Gouverneur noch 51,3 Prozent bekommen. Präsident Carlos Menem aber bleibt glatt bei 29,2 Prozent hängen.

Winterschulferien im ganzen Land

In der Hauptstadt und Groß-Buenos Aires ist ab Montag schulfrei

In 14 Provinzen haben für die Schüler aller Jahrgangsstufen am Montag dieser Woche die zwei Wochen dauernden Winterferien begonnen. Die Schüler in Buenos Aires und weiteren sieben Provinzen starten jedoch erst am kommenden Montag in die Ferien.

Die Provinzen, in denen bereits in dieser Woche die Schulen geschlossen blieben sind Catamarca, Córdoba, Corrientes, Formosa, La Pampa, Mendoza, Misiones, Neuquén, Río Negro, Salta, San Juan, Santa Cruz, Santa Fe und Tucumán. In La Rioja vorverlegte die Provinzregierung den vom Consejo Federal de Educación (Nationaler Bildungsrat) festgelegten Beginn der Ferien am 19. Juli um eine Woche, das heißt, auch sie begannen am 12. Juli. Begründet wurde die Maßnahme

mit den Streikankündigungen der Lehrgewerkschaften in der Provinz. Die Schüler in Santa Cruz hingegen können sich wegen der Klimaverhältnisse über drei statt der üblichen zwei Wochen freuen.

Am Montag dann beginnen in den Schulen von Buenos Aires und in den Provinzen Buenos Aires, Chaco, Chubut, Entre Ríos, San Luis, Santiago del Estero, Tierra del Fuego und Jujuy die Ferien. Die Schüler in diesen Provinzen haben den ersten Schultag danach am 2. August.

Während der Ferien finden in einigen Distrikten Veranstaltungen statt, an denen sich die Schüler in der schulfreien Zeit beteiligen können. In der Hauptstadt hat das Bildungssekretariat das Programm „Recreo de invierno 99“

(Wintererholung 99) vorbereitet, das vom 19. bis 30. läuft. Kinder von 5 bis 13 Jahren können im Rahmen des Programms an kulturellen oder sportlichen Aktivitäten oder an Erholungsmaßnahmen teilnehmen oder in klimatisierten und überdachten Schwimmbecken schwimmen. Außerdem werden Spaziergänge angeboten, bei denen die Kinder Buenos Aires mit seiner Geschichte, Mythen und Legenden kennenlernen können. Das Programm wird in den vom Bildungssekretariat abhängigen Schulen Montag bis Freitag von 9.00 bis 16.30 Uhr durchgeführt. Die Kinder werden mit Schulbussen an die jeweiligen Orte gefahren, von Fachlehrern betreut und erhalten Frühstück, Mittagessen und ein Pausenbrot.

Serenissimus verschenkt Flugzeuge

Maschine für 60 Passagiere für Hugo Banzer / Lear Jet für La Rioja

Zwischen der argentinischen Regierung und der Opposition ist eine Diskussion über die Absicht von Präsident Carlos Menem entbrannt, noch vor dem Ende seiner Amtszeit am 10. Dezember zwei Flugzeuge der Präsidentenflotte zu verschenken. Der Serenissimus beabsichtigt vor allem ein Versprechen wahrzumachen, daß er seinem Freund, dem bolivianischen Präsidenten Hugo Banzer Suárez, gab. Demnach soll der General i.R. Banzer das Präsidentenflugzeug Tango 02 als Geschenk bekommen. Damit nicht genug, soll in diesen Tagen

die Schenkung der Ex-Tango 04 an die Provinz La Rioja offiziell abgeschlossen werden.

Allianz-Politiker der Legislative lehnen die Absichten Menems energisch ab und weisen ausdrücklich darauf hin, daß Menem ein Gesetz des Kongresses für die Schenkung des Flugzeuges an Bolivien braucht, da es sich um Staatseigentum handelt. Obwohl diese Vorbedingung nicht erfüllt wurde, beeilte sich die Regierung, das Flugzeug mit der bolivianischen Fahne, den Buchstaben FAB (Fuerza Aérea de Bolivia, Bolivianische Luftwaffe) und der

Nummer 001 bemalen zu lassen. An einer der Längsseiten wurde außerdem die Inschrift „República de Bolivia“ angebracht.

Ein weiterer Streitpunkt ist der Düsenjet Tango 04, den die Provinzregierung von La Rioja geschenkt bekommen soll. Die Maschine vom Typ Learjet benötigt für die Strecke von Amillaco nach Buenos Aires nur 70 Minuten.

Am Montag dementierte Menem höchst persönlich, konnte jedoch keine einleuchtende Begründung für die Bemalung der Tango 02 geben.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Krisenszenarium

Letzten Montag purzelten die Börsenkurse um nahezu 9% und kennzeichneten den schlimmsten Sturz seit der brasilianischen Abwertung. Dass sich diese Kurse nachher weitgehend erholten, zeigt abermals, wie volatil die argentinische Börse ist. Mit herzlich wenig Aktien, die an der Börse notiert werden und nennenswerte Umsätze erfahren, und Staatstiteln, die Gegenstand heftigster Spekulationen sind, hat die Buenos Aires-Börse volkswirtschaftlich kaum eine Aussagekraft über die echten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Erwartungen am Kapitalmarkt. Mit wenigen Millionen Pesos Käufen oder Verkäufen können die Kurse sprunghaft steigen bzw. fallen, ohne dass deshalb irgend etwas Wichtiges in der Wirtschaft geschehen wäre.

Indessen hatten die Titelbaisens zur Folge, dass die Länderrisikoprämie stark zunahm. Gemessen am Brady-Titel FRB, der nicht mit Nullkupongarantien des US-Schatzamt versehen ist wie die Titel Diskont und Par und deshalb ein echtes Solvenzrisiko des Schatzamt darstellt sowie am lokalen Kapitalmarkt und an der New Yorker Börse die beste Liquidität aller argentinischer Bonds genießt, vermehrte sich die Rendite dieses Papiers im Vergleich zu gleichlangen US-Treasuries von 700 bis 800 Basispunkten (7% bis 8%) vorher auf über 1.000 Basispunkte am Panikmontag, gleich 10% mehr Zinsen als US-Papiere. Diese Prämie fiel danach wieder unter die Krisenmarke von 1.000 Basispunkten.

Das hatte sogleich zur Folge, dass die Firma Autopistas del Oeste, die die Autobahn von Buenos Aires bis Luján mit Mautgeldern verwaltet, ihren angekündigten Börsengang zwecks Kapitalisierung mit neuen Aktien aufschob. Bisher hatten mehrere Börsenfirmen die Aktien aus der Notierung zurückgezogen, ohne dass neue Aktien eingeschrieben wurden. Zudem hat YPF seit der Übernahme durch Repsol ihre Eigenschaft als führende argentinische Börsenaktie eingebüsst, ebenso an Börsenliquidität. Die fusionierte Erdölfirma wird künftig nicht mehr als einziges argentinisches Unternehmen unter den

grössten der Welt laut der US-Zeitschrift „Forbes-Magazin“ figurieren.

Die Börsenpanik war freilich weitgehend übertrieben, aber sie bewirkte zahllose Kommentare, von denen die meisten den Schuldigen bei Gouverneur Duhalde suchten, seit er sich mit konfusem Erklärungen über die Honorierung der Staatsschulden bemerkbar gemacht hatte. Duhalde konzentrierte den Mittelpunkt der Krisenszene in der Berichtswache. Hiermit wird mehr Schaumschlägerei als echte Wirtschaftsproblematik betrieben. Duhalde denkt nicht daran, sollte er als Präsident gewählt werden, die Schulden nicht zu honorieren, sondern bereitet sich auf Finanzverhandlungen mit Staatsgläubigern vor, die freilich inhaltlich in den Sternen geschrieben sind.

Wirtschaftsminister Roque Fernández und seine Mitarbeiter mussten sich pausenlos bemühen, die Gemüter zu besänftigen. Auslandskommentatoren richteten sogleich ihr Augenmerk auf eine mögliche Zahlungseinstellung sowie eine Abwertung Argentiniens. Letztere Variante wird von den meisten Wirtschaftlern, die weltweit Banken, Finanzanstalten und Rating-Agenturen beraten, seit 1991 immer wieder aufgetischt. Sie wollen nicht wahrhaben, dass eine Konversionskasse nie abwertet und dass eine Abwertung die argentinischen Staatsfinanzen hoffnungslos defizitär und zahlungsunfähig gestalten würde. Trotzdem empfehlen sie den Banken und ihren Kunden, dass deren Niederlassungen in Argentinien sich gegen die Abwertung absichern. Das geschieht durch Termin-Optionen, die den Dollarkurs auf \$ 1,10 hinauftrieben, allerdings nicht in Kassageschäften. Die Niederlassungen müssen daraufhin ihre Bilanzen mit den Spesen solcher Devisengeschäfte belasten, die ihnen überhaupt nichts einbringen.

Während pausenlos die Krise hochkommentiert wird, nehmen die Devisenreserven deutlich zu. Sie haben die Marke von US\$ 25 Mrd. wieder überschritten und damit den Verlust von etwa US\$ 1,5 Mrd. wieder aufgeholt. Der Überschuss der Handelsbilanz mit mehr Exporten als Importen

färbt hier sicherlich ab, ebenso die Aktienkäufe von YPF durch Repsol. Trotzdem zeigt der Indikator Devisenreserven, dass keine Kapitalflucht eintritt. Die Bankdepósitos vermehren sich ebenfalls, so dass die Banksparrer ihr Vertrauen beibehalten.

Minister Fernández konnte sich zudem den Luxus leisten, ein Angebot zusätzlicher Ziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds abzulehnen, das ihm der Vizepräsident des IWF, Stanley Fischer, telephonisch unterbreitete. Beim Fonds darf Argentinien laut laufendem Abkommen bis US\$ 2,8 Mrd. ziehen, was vorsorglicherweise bisher unterlassen worden ist. Ausserdem genießt Argentinien eine Tranche von US\$ 14 Mrd. der neuen Fazilität, Englisch genannt „contingency credit“, wie Fischer vor einigen Wochen mitteilte. Fernández meinte zu Recht, höhere IWF-Zusagen würden die Kapitalmärkte verunsichern, wo noch mindestens für US\$ 1,5 Mrd. bis zum Jahresende an Anleihen untergebracht werden sollen. Ausser diesen sekundären Reserven halten die Banken über US\$ 6,0 Mrd. als verzinsbare Mindestre-

serven bei der Niederlassung der Deutschen Bank in New York. Ein Dutzend internationale Geschäftsbanken haben eine Kreditfazilität von ebenfalls über US\$ 6,0 Mrd. für argentinische Banken bereitgestellt, sollten sie unter Liquiditätsnot leiden, was nicht eintritt. Insgesamt stehen Argentinien über US\$ 50 Mrd. an eigenen Devisenreserven und Ziehungsrechten für Krisenfälle zur Verfügung. Das deckt mehr als die Hälfte aller Bankdepósitos von nahezu \$ 80 Mrd.

Die Krisenszenarien werden die argentinische Wirtschaftsszene sicherlich bis gegen Jahresende begleiten und jeweils ihren Niederschlag in der sensiblen und volatilen Börse mit denkbar geringen Umsätzen und wenigen börsengängigen Aktien finden. Der Übergang von einer zehneinhalbjährigen Amtszeit Menems auf einen neuen Präsidenten, dessen Wirtschaftspolitik unbekannt ist, färbt leider auf die Wirtschaft ab, bewirkt pessimistische Befürchtungen, lähmt Investitionsentscheidungen und hält die Länderrisikoprämie hoch, so dass die Rezession bei ebenfalls hohen Zinsen nicht ausläuft. Schade.

Die Steuerherabsetzung in Córdoba

José Manuel de la Sota hat gleich nach seinem Antritt als Gouverneur von Córdoba sein Wahlsprechen in die Tat umge-

setzt und per Dekret eine Herabsetzung der Steuern verfügt. Die provinzielle Umsatzsteuer („ingresos brutos“) wurde bei kleine-

Randglossen

Jahrelang hat Aussenminister Guido Di Tella mit konservativen und Labour-Regierungen Grossbritanniens verhandelt und sich redlich bemüht, die Kelpers genannten Einwohner der Malwinen zu bezirzen. Der Durchbruch der Verhandlungen gelang schliesslich, nachdem die chilenische Regierung als Repressalie gegen die widerrechtliche Inhaftierung General Pinochets durch britische Behörden die Flugverbindung zwischen Punta Arenas und den Malwinen sistierte. Ohne Verbindung mit der Aussenwelt brach der Widerstand der Kelpers zusammen. Der britische Aussenminister Robin Cook vereinbarte in London mit seinem argentinischen Kollegen, dass Argentinier ab Oktober die Malwinen besuchen dürfen, was die Kelpers hintertrieben hatten. Präsident Menem krönte hiermit seine erfolgreiche Aussenpolitik, die alle Konflikte mit den Nachbarländern gelöst hat.

Möglicherweise werden nicht nur Argentinier die Malwinen besuchen, sondern die Inselbewohner werden sich wieder wie vor 1982 in Argentinien der Sommerfrische in Mar del Plata erfreuen, ihre Kranken im Britischen Hospital heilen, ihre Kinder zum Studium nach Argentinien entsenden und hier Geschäfte betreiben. Argentinier dürfen vorerst keine Geschäfte auf den Inseln erledigen, welche Diskriminierung sicherlich Gegenstand späterer Verhandlungen werden wird. Unterdessen soll ein Denkmal auf den Inseln an die Kriegstoten erinnern, die Überfischung im Südatlantik soll gemeinsam bekämpft, die Bezeichnungen auf Spanisch und Englisch sollen überprüft und die Landminen sollen gelegentlich entfernt werden, wie es die argentinische Regierung längst vorgeschlagen hatte, ohne dass die Kelpers darauf eingingen. Kleine Schritte führen gelegentlich zum Ziel.

ren Unternehmen, die etwa zwei Drittel der Gesamtzahl ausmachen, per sofort um 30% herabgesetzt und für den Rest schrittweise binnen 18 Monaten. Ebenfalls wurde die Stempelsteuer in diesem Umfang bei Mietverträgen, Käufen von Immobilien u.a. gesenkt. Schliesslich wird ein Moratorium für Steuerschulden zum 30. Juni verfügt, die dann ohne Zinsen, Bußen und Aufschläge in bis zu 48 Raten bezahlt werden können. Am nächsten Tag hat Duhalde dies begrüsst und ebenfalls eine Senkung der Sätze der MWSt. u.a. Steuern befürwortet, wobei dies in sein Regierungsprogramm aufgenommen werden soll.

Die ersten Berechnungen ergeben für dieses Jahr in Córdoba infolge dieser Steuerrabatte einen Einnahmeverlust von \$ 50 bis \$ 75 Mio. und für nächstes Jahr von über \$ 250 Mio. Die provinziellen Steuern decken etwa ein Drittel der Gesamtausgaben; der Rest wird durch die Beteiligung an nationalen Steuern gedeckt. Da die nationalen Steuereinnahmen stark gesunken sind und voraussichtlich weiterhin um gut 10% unter dem Vorjahr liegen werden, wird auch die Provinz Córdoba dementsprechend weniger erhalten. Wenn nun die Einnahmen aus den lokalen Steuern auch sinken, dann entsteht voraussichtlich ein gewaltiges Defizit, das unter den gegenwärtigen Umständen schwer zu decken ist. Der Nationalstaat ist gewiss nicht in der Lage, Córdoba finanziell zu helfen. Die Bank der Provinz, die zur Zeit von Angeloz das Defizit munter finanziert hat, hat auch keine Möglichkeit in diesem Sinn, und die Unterbringung von Staatstiteln ist gegenwärtig nur zu sehr hohen Zinssätzen möglich, die die Staatsfinanzen der Provinz dann noch mehr belasten.

De la Sota verfügte gleichzeitig eine Herabsetzung der Gehälter der politischen Beamten (Gouverneur, Vizegouverneur, Minister, Staatssekretäre u.a.) um 30%. Das macht den Kohl jedoch gewiss nicht fett. Ausserdem sind diese Gehälter nicht so hoch, dass eine Herabsetzung ratsam wäre. Fähige Personen, die sich auch in der Privatwirtschaft ihr Brot verdienen können, werden wohl in einigen Fällen auf die Staatsposten verzichten. Für unehrliche Beamten ist das Gehalt hingegen zweitrangig. Die Verringerung sollte angeblich auch für Richter gelten; diese haben jedoch schon

auf den Verfassungsparagrafen verwiesen, der dies verbietet.

Die Rechnung mit dem Verlust an Fiskaleinnahmen geht nur auf, wenn anderweitig zusätzliche Einnahmen entstehen. De la Sota spricht von einer besseren Erfassung der Hinterziehung, die er auf 50% beziffert; aber das ist nicht so einfach und hat auf alle Fälle keine unmittelbare Wirkung. Es wäre auch möglich, bei der provinziellen Immobiliensteuer mehr zu kassieren, wenn die Bewertungen korrigiert werden, die in vielen Fällen zu niedrig sind. Allein, das erfordert viel Arbeit und hätte auch kurzfristig keine Wirkung. Dabei besteht auch die Schwierigkeit, dass das Eigentumsregister in Córdoba eine totale Katastrophe ist.

Mit de la Sota und ebenfalls Duhalde hat Arthur Laffer neue Schüler gewonnen. Dieser Wirtschaftler hat vor zwei Jahrzehnten die Theorie entwickelt, dass eine Senkung der Steuersätze in bestimmten Fällen zu höheren Gesamteinnahmen führt. In Fachkreisen hat Laffer niemand überzeugt; aber er fand Gehör bei Präsident Ronald Reagan, der diese Theorie anwendete, mit dem Erfolg, dass die Einnahmen sanken und ein Riesendefizit entstand. Abgesehen davon war die Senkung der vor Reagan absurd hohen Sätze der Einkommenssteuer vernünftig; aber der Einnahmeverlust hätte eben durch andere Steuern. z.B. auf Benzin, ausge-

glichen werden müssen, was nicht geschah.

In Argentinien ist auch Cavallo geneigt, dem Rat Laffers zu folgen. Er rät jetzt zur Abschaffung der Steuer auf Kfz, Schiffe und Flugzeuge, ebenso auf den vermuteten Mindestgewinn der Unternehmen und auf die von diesen gezahlten Zinsen. Angeblich soll die konjunkturelle Erholung dadurch angespornt wird, höhere Einnahmen für den Fiskus bewirken und den Verlust ausgleichen. Diese Rechnung geht jedoch in keiner Weise auf. Cavallo beruft sich auf die Erfahrung während seiner Amtszeit als Minister, als er über 20 Steuern abgeschafft hat, bei anderen die Sätze senkte, und dennoch eine starke Erhöhung der Fiskaleinnahmen erzielte. Dabei vergisst er, dass die MWSt. auf Dienstleistungen ausgedehnt wurde, dass das phänomenale Wachstum des BIP starke zusätzliche Steuereinnahmen mit sich brachte, und dass anfänglich die Stabilisierung auch die Staatseinnahmen erhöhte, weil die inflationäre Erosion aufhörte. Ebenfalls vergisst er, die gute Arbeit, die Carlos Tacchi als Staatssekretär für öffentliche Einnahmen und Ricardo Cossio als Steuereinsamler geleistet haben; beide hatten von 1976 bis 1981 in dieser gleichen Funktion Erfahrung gesammelt und hatten somit bei der Verringerung der Hinterziehung grossen Erfolg, obwohl diese immer noch auf hohem Stand verblieb. All

dies hat mit dem Laffer-Automatismus jedoch nichts zu tun. Aber Cavallo hatte sich gründlich geirrt, als er annahm, dass die Senkung der Lohn- und Gehaltssteuern, genannt Beiträge zum Rentensystem, zu höheren Einnahmen wegen geringerer Schwarzarbeit führen werden. Dies war keineswegs der Fall, so dass die Fiskaleinnahmen entsprechend der Verringerung fielen.

Bei der MWSt. funktioniert die Laffer-Theorie ganz gewiss nicht. Die Erfahrung zeigt, dass bei 21% proportionell genau so viel hinterzogen wird, wie vorher bei 18%. Im Gegenteil: ein höherer Satz macht den Wettbewerbsvorteil der Hinterzieher für die guten Zahler unerträglich, so dass es mehr Anzeigen beim Steueramt gibt, die die Arbeit erleichtern. Bei der Gewinnsteuer muss man Laffer hingegen bis zu einem gewissen Punkt recht geben. Eine scharfe Steuerprogression, die bis über 50% ging, wie sie vor 1976 bestand, führt unvermeidlich zu hoher Hinterziehung; aber die Progression ist gegenwärtig sanfter und ein Maximalsatz von 35% ist zwar hoch, führt aber zu kaum mehr Hinterziehung als einer von 30%. Die Theorie von Arthur Laffer entspricht dem Wunschenken vieler Personen, besonders der Politiker. Denn es wäre gewiss sehr schön, wenn der Staat bei niedrigeren Steuersätzen mehr einnehmen würde. Leider ist dies nicht der Fall.

INVIERTA EN DIAMANTES

KOH-I-NOOR



NUEVA LINEA DE
HELADERAS Y FREEZERS

KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

(01) 730-0011



Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel: 730-0011 - Fax: 730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.

Der soziale Haushalt

Zum ersten Mal hat das Wirtschaftsministerium eine umfassende Zusammenstellung aller staatlichen Ausgaben mit der Aufgliederung der für soziale Zwecke bestimmten Aufwendungen der öffentlichen Hand veröffentlicht. Das dieser Tage herausgegebene Buch „Caracterización y Evolución del Gasto Público Social - Período 1980-1997“ (Secretaría de Programación Económica y Regional, 248 Seiten) enthält von 1980 bis 1997 alle Ausgabenposten der Nationalregierung, der 24 Gliedstaaten (23 Provinzen und die Bundeshauptstadt) sowie der 2.200 Gemeinden, wobei diese Ausgaben erstmals konsolidiert wurden.

Das heisst, dass die Ausgaben der Nationalverwaltung, die an die Gliedstaaten transferiert worden sind, letzteren zugeschrieben und von der Nationalverwaltung abgezogen werden, ebenso die Ausgaben der Provinzen, die an die Gemeinden abgetreten wer-

den. Wir haben an dieser Stelle mehrmals mit Schätzungen die Ausgaben der gesamten öffentlichen Hand ebenfalls konsolidiert, um Verdoppelungen zu vermeiden, die ein falsches Bild der gesamten Staatsaufwendungen ergeben würden. In der argentinischen Presse wurde diese Methode bisher nicht angewendet, wobei die Ausgaben der Gemeinden stets übergangen wurden, als ob sie nicht existierten. Dadurch wurde mit vielfach ungenauen Angaben über die Staatsausgaben gearbeitet.

Für die Ermittlung des sozialen Haushalts aller drei Staatsniveaus musste von sämtlichen Staatsausgaben ausgegangen werden, die in der Folge in allgemeine Ausgaben (Staatsverwaltung, Verteidigung, Sicherheit, Justiz und dergleichen), soziale Ausgaben, Staatsunternehmen und Zinsen der Staatsschulden aufgliedert wurden.

Dadurch entsteht ein deutli-

ches Bild der öffentlichen Hand. Die Einnahmen wurden nur bezogen auf den sozialen Haushalt mitgeteilt. Die Ertragsrechnung mit dem anfallenden Defizit wurde unterlassen, weil sie nicht Gegenstand dieser Untersuchung war.

Wir beschränken uns nachfolgend auf die konsolidierten Staatsausgaben von 1991 und 1997, die die sieben Jahren der sogenannten Konvertibilität umfassen. Die Sozialausgaben werden bis 1999, letzteres Jahr geschätzt, mitgeteilt, so dass wir die anderen Posten für das laufende Jahr selber schätzen mussten. Vorherige Jahre waren durch die Hoch- und Hyperinflation gekennzeichnet, so dass die Zahlen über die Staatsausgaben nur beschränkt aussagefähig sind, zumal sie die Finanzierungen der Zentralbank nicht enthalten, die an Stelle des Schatzamtes Geld schöpfte, Staatsausgaben und die Inflation finanzierte.

Konsolidierte Staats- und Sozialausgaben

(in \$ Mrd.)

	1991	1997	1998	1999
I. Staatsverwaltung	9,6	16,6		16,3*
II. Staatsunternehmen	6,0	6,3		6,5*
III. Zinsen der Staatsschulden	3,2	7,7		9,5*
IV. Soziale Ausgaben	32,4	56,8	59,3	59,7
Erziehung, Kultur, Wissenschaft u. Technik	5,9	12,4	13,0	13,0
Gesundheit	7,1	12,9	13,5	13,6
Trinkwasser und Kanalisation	0,2	0,4	0,5	0,5
Wohnung und Städtebau	1,0	1,3	1,4	1,4
Soziale Förderung und Beistand	1,5	3,0	3,6	3,5
Renten	13,8	21,9	22,3	22,4
Arbeitsbeschaffung	1,1	2,4	2,5	2,5
Andere städtische Dienstleistungen	1,4	2,2	2,3	2,3
V. Konsolidierte Staatsausgaben(II+III+IV)	51,3	87,6		92,0

* Eigene Schätzung

Die konsolidierten Staatsausgaben verzeichnen eine Zunahme von 70,6% zwischen 1991 und 1997 und von 79,3% bis 1999. Die Staatsausgaben von \$ 92,0 Mrd. für 1999 ergeben sich aus den Zahlen über die sozialen Ausgaben bis zu diesem Jahr und Schätzungen der anderen Ausgabenposten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg zu nominalen Preisen von \$ 180,9 Mrd. 1991 auf \$ 323,2 Mrd. 1997 nach Angaben der gleichen Quelle um 78,7%. Insofern nahm die Staatsquote (Staatsausgaben, bezogen auf das BIP) von 28,4% 1991 auf 27,1% 1997 leicht ab.

Die Zusammenstellung zeigt, dass die laufenden Verwaltungs-

ausgaben der öffentlichen Hand (Nation, Gliedstaaten und Gemeinden) von 1991 bis 1997 um 73% etwas mehr als die gesamten Staatsausgaben gewachsen sind. Hierin sind vornehmlich Beamtengehälter, verbundene Kosten und Beschaffungen enthalten.

Der Schuldendienst (Zinsen) stieg hingegen ungleich mehr von 1991 bis 1997 um 136,5% und mit 196,8% noch mehr bis 1999. Freilich sind hierin die echten Zinszahlungen der letzten Jahre enthalten, wogegen 1991 beachtliche Schuldbeträge noch nicht in Gestalt von Staatstiteln konsolidiert worden waren, wie es inzwischen geschehen ist. Zudem wur-

den damals Bocon-Titel ausgegeben, deren Zinszahlungen siebenjährige Karenzperioden enthielten, so dass 1991 diese Zinsen kapitalisiert wurden und 1997 sowie insbesondere 1999 anfallen. Die Auslandsschulden wurden erst 1992 mit der Brady-Umschuldung konsolidiert. Insofern hinkt der Vergleich zu 1991, als eigentlich höhere Zinszahlungen verbucht werden müssten, so dass die Zunahme geringer ausfällt.

Die Zunahmen der Ausgaben für Zinsen, Verwaltungsspesen und soziale Zwecke wurden ausgeglichen durch die nur 6,2-prozentigen Mehrausgaben für Staatsunternehmen, nachdem die meisten Betriebe in private Hän-

de entlassen worden sind. Es verbleiben nur noch wenige Staatsunternehmen (Atomkraftwerke, Yacyretá und Salto Grande je zur Hälfte, Banco de la Nación Argentina), wogegen immer noch Subventionen für den Personentransport bei Eisenbahnen und Untergrundbahnen anfallen.

Die sozialen Ausgaben beanspruchen den Löwenanteil sämtlicher staatlicher Aufwendungen der Nation, der Gliedstaaten und der Gemeinden. Diese Sozialquote konsolidierter staatlicher Ausgaben betrug 1991 63,1%, 1997 und 1999 je 64,8%. Insofern wird der staatliche Haushalt auf den drei Staatsebenen massgeblich durch soziale Aufwendungen beeinflusst.

Hierin nehmen die Renten (Alters- und Hinterbliebenenrenten, Militär- und Polizeirenten, Gnaden- und Armenrenten) den grössten Teil in Anspruch. Im Jahr 1991 nahmen die Renten 27,0% sämtlicher Staatsausgaben und 42,5% des sozialen Haushalts ein, 1997 25,% bzw. 38,5% und 1999 24,3% bzw. 37,5%. Da es sich zudem um rund 4 Mio. Rentner der Nation (Anses) und von zwölf Provinzen handelt, die ihre Rentenkassen nicht an die Anses abgetreten haben, wird verständlich, dass jegliche Zulage für die Mindestrenten von \$ 150 bis \$ 200 im Monat hohe Staatsausgaben zur Folge hat, deren Finanzierung immer schwieriger wird, seit die Nationalregierung 1994 die Beiträge der Arbeitgeber verringert hat und die Abgaben der Arbeitnehmer hauptsächlich den privaten Rentenkassen (AFJP) zufließen.

Die Aufgliederung des sozialen Haushaltes zeigt fühlbare Zunahmen der Ausgaben für Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Technik von \$ 5,9 Mrd. 1991 auf \$ 13,0 Mrd. 1999 und für Gesundheit von \$ 7,1 Mrd. auf \$ 13,6 Mrd. Allerlei soziale Programme, die unter den Rubriken soziale Förderung und Beistand, Arbeitsbeschaffungen und andere städtischen Dienstleistungen figurieren, haben zusammen von \$ 4,0 Mrd. 1991 auf \$ 8,3 Mrd. 1999 um ganze 107,5% zugenommen.

Diese wenigen Zahlen verdeutlichen die Tatsache, dass die öffentliche Hand gesamthaft seit 1991 mehr für soziale Zwecke aufgewendet hat und keinesfalls weniger, wie es die pausenlose

Kritik wahrhaben will. Freilich werden diese makroökonomischen Zahlen keinesfalls von der Bevölkerung wahrgenommen, die einzelne soziale Dienstleistungen als mangelhaft einstuft, weil ihre Qualität zu wünschen übrig lässt und weil es menschlichen Regungen entspricht, dass stets mehr gefordert als geboten wird.

Vielfach liegen die Mängel sozialstaatlicher Dienstleistungen an mangelhafter Verwaltung, weil die Ausgaben falsch eingesetzt werden, viel für Bürokratie verschwendet wird, wo Investitionen vonnöten sind und tüchtigere Fachkräfte eingesetzt werden sollten. Dass die Staatsbürokratie Argentiniens keinesfalls zu den besten der Welt zählt, ist allseits bekannt. Insofern sollte es Aufgabe der Regierungen sein, die Qualität der sozialen Dienstleistungen zu verbessern, anstatt immer mehr Staatsgelder auszugeben, die ihre Ziele verfehlen.

Bei angenommenen \$ 92,0

Mrd. Staatsausgaben der öffentlichen Hand Argentiniens im laufenden Jahr 1999 ergibt das geschätzte Defizit der Nation (Kassendefizit \$ 5,1 Mrd. plus Neuschulden von \$ 1,0 Mrd.), der Provinzen (\$ 2,5 Mrd.) und der Gemeinden (möglicherweise \$ 500 Mio.) rund \$ 9,0 Mrd. gleich etwa 10% der Ausgaben und 3% des BIP. Dieses Defizit so schnell wie möglich auszumerzen, sollte erste Priorität der kommenden Regierung sein, damit die Zinsen fallen, weil die argentinischen Staatsschuldner (Nation, Gliedstaaten und Gemeinden) als zahlungsfähig eingestuft werden. Niedrigere Staatszinsen färben auf das gesamte Zinsniveau ab, damit die Wirtschaft aus der Rezession kommt und wieder kräftig wächst.

Das kann nur mit Zinssätzen verwirklicht werden, die echt fallen, weil kein Defizit die Verschuldung anhebt und die Tilgungen mühelos zu fallenden Zinssätzen refinanziert werden.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze für Fristdepositen auf 30 Tage betragen in der Berichtswoche bei den wichtigsten Banken für Pesos 5,65% bis 7% und für Dollar 4,75% bis 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 9,4% auf 470,83, der Burcapindex um 5,7% auf 900,18 und der Börsenindex um 5,8% auf 19.052,70.

Der Durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,1% auf \$ 0,7365.

Die Weinkellerei Chandon will in den kommenden 3 Jahren US\$ 30 Mio. investieren, um ihre Weinanbaufläche von 600 ha in der Provinz Mendoza zu verdreifachen, wie Präsident Dominique Bach von der Chandon Estates (CE) bekanntgab, die alle internationalen Geschäfte der Moët-Chandon, ausgenommen jener in Frankreich, abwickelt. Bei der zur grössten Luxusgütergruppe der Welt, Louis Vuitton Moët Hennessy, gehörenden Firma steht die argentinische Filiale mit US\$ 70 Mio. Jahresumsatz an erster Stelle vor Kalifornien, Australien und Brasilien. Die argentinische CE-Tochter bestreiten 50% der weltweiten Umsätze und 70% der Gewinne von CE. Der Erfolg wird auf die Ergiebigkeit des Weinbaues und die Qualität der Weine zurückgeführt. Die bereits investierten US\$ 20 Mio. sind der Grundstock für die Ausfuhrstrategie

des Unternehmens. Nach USA wurde für US\$ 30 Mio. geliefert, mit Brasilien und Chile wurden bereits Aufträge über 100.000 Flaschen abgeschlossen.

Die Wirtschaftsführung hat US\$ 267,8 Mio. zu Jahreszinssätzen zwischen 12,31 und 12,37% aufgenommen. Die Sätze liegen einen Punkt höher als vor einem Monat.

Das vor 2 Jahren durch den Zusammenschluss von Aragón,

Hemarsa, Semaco und Sevente gebildete Holding CCI (Concesiones y Construcciones de Infraestructura) hat 80% von Vialcona für US\$ 30,7 Mio. erworben. Vialcona gehörte dem Bauunternehmen F. Natino e Hijos und kontrolliert 10% von Coviars, der Konzessionärin der Autobahn Buenos Aires-La Plata. CCI erhöht damit die Beteiligung an Covares von 58% auf 68%.

Präsident Menem kündigte in Córdoba an, dass am 11. August der Bau der Autobahn von Pilar bis Villa María ausgeschrieben wird. Es handelt sich um eine Staatsinvestition von US\$ 140 Mio. Acht Unternehmen wurden schon vorqualifiziert.

Die argentinische Renault, mit Sitz in Córdoba, hat eine Kapitalerhöhung von US\$ 132 Mio. verfügt, die voll vom Mutterhaus, der französischen Renault, gezeichnet wird.

Der Präsident des Milchunternehmens Sancor, Emilio Genovesio, gab bekannt, dass diese Genossenschaft in Verbindung mit der dänischen MD Foods in Córdoba eine Fabrik zur Verarbeitung von Milchserum für US\$ 30 Mio. errichten wird.

Der zukünftige Präsident der Bank der Provinz Córdoba, Juan Olmedo Guerra, gab bekannt, dass eine Gruppe von Banken US\$ 400 Mio. als Kapital der Bank beitragen werde, wobei diese jedoch weiterhin staatliche Mehrheit haben wird, wie es ein Gesetz aus der Amtszeit von Angeloz bestimmt.

Die Bonds der Stadt Buenos Aires wurden von der Risikobewertungsagentur Duff and Phelps auf BB angehoben, nachdem sie Stan-

dard and Poor's 1997 niedriger benotet hatte. Dies wurde mit der wesentlich besseren finanziellen Lage der Stadt begründet, sowie mit dem Umstand, dass die Stadtverwaltung eine Reserve von 6% der laufenden Einnahmen geschaffen hat. Die Verwaltung hat um etwa 30% niedrigere Preise bei ihren Lieferanten erreicht und die Finanzierung von den Lieferungen getrennt. Durch die Ausgabe des Bonds Tango für US\$ 500 Mio. wurden kurzfristige Schulden getilgt, die zu 17% verzinst wurden; die Bonds kosten hingegen 12% pro Jahr. Die Stadtfinanzen weisen einen Überschuss bei ihren laufenden Rechnung von \$ 500 Mio. jährlich aus (gegen Null 1996), der für Investitionen eingesetzt wird.

Durch Beschluss 630/99 des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP), Amtsblatt vom 13.7.99, wurde bestimmt, dass beim Verkauf von Saatgut für folgende landwirtschaftliche Produkte die Einbehaltung der MWSt. (Beschluss 3337) entfällt: Getreide und Ölsaaten, Futtergetreide, Gemüse und Obst. Das gleiche gilt allgemein beim Verkauf von Agrarchemikalien und Düngemitteln und für Arbeiten, die von Dritten verpflichtet werden und für die Landwirtschaft bestimmt sind.

Das Amt für Binnenhandel beschuldigt die Apfelsinensafthersteller der Marken Baggio, Cepita, Fidji, Pindapoy, Kasfruit, Inca und die paraguayische Watt's, dass ihre Erzeugnisse nicht mit den Angaben auf den Verpackungen übereinstimmen. Die Firmen können ihre Entlastungen bis zum 15. Juli vorbringen. Sie sind Bussen von bis zu \$ 500.000 ausgesetzt.

Die Banco Río gab bekannt, dass Autopistas del Oeste das Angebot von Aktien für 49% ihres

Einfuhrquoten für Textilien

Das Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau hat die Beschlüsse Nr. 861/99, 862/99 und 863/99 bekanntgegeben, die Einfuhrquoten für Textilien aus Brasilien, China und Pakistan festlegen. Sie treten mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und gelten für drei Jahre.

Für Brasilien, das bereits angekündigt hat, dass es deswegen bei der WTO gegen Argentinien Beschwerde einlegen wird, wurden 390.760 kg Stoffe aus verschiedenen gefärbten Garnen pro Jahr festgelegt, 147.175 kg Gewebe mit Sonderbindungen, 769.175 kg Plüsch-, Samt- oder Bouclégewebe, 4,63 Mio. kg Leintuch- und Köperstoffe und 513.947 kg Mischgewebe aus Stapel- und Endlosfasern.

Das Staatssekretariat sprach sich gegen ähnliche Massnahmen für Schuhwerk aus Brasilien aus, gab jedoch bekannt, dass Vertreter der Privatwirtschaft beider Staaten in Nova Hamburgo, Rio Grande do Sul, zusammenkommen werden, um freiwillige Einschränkungen seitens der brasilianischen Exporteure zu treffen. Die Schutzmassnahmen waren mit dem Industriellenverband UIA vereinbart worden, der auch um

Einfuhrschutz für die Schuhindustrie angesucht hatte.

Die Massnahme wurde nach Ermittlungen ergriffen, die im Oktober aufgrund einer Eingabe der Fadit (Federación Argentina de la Industria Textil) eingeleitet wurden. Auch die Consultingfirma Ecolatina wurde verpflichtet und schliesslich befand die Staatliche Aussenhandelskommission, dass die heimische Produktion von Baumwollstoffen und -garnen und die von Schafwolltops mit anhaltender Verschlechterung durch die Einfuhren aus Brasilien, China und Pakistan schwer geschädigt werden würde.

Die Quoten dürfen auf keinen Fall unter den Mengen liegen, die in den letzten 12 Monaten, gezählt ab 14 Monaten nach Eingabe der Beschwerde, eingeführt wurden. Für China betragen die Quoten 339.562 kg gewebte Stoffe, 18.015 kg Stoffe mit Sonderbindungen, 224.590 kg Plüschstoffe und Samte, 154.745 kg Leintuchstoffe und 2,67 Mio. kg Stoffe aus verschiedenen Fasern. Für Pakistan betragen sie 17.527 kg Garne, 21.052 kg Stoffe mit Sonderbindungen (duck), 7.471 kg Plüsch- und Samtstoffe, 446.161 kg Leintuchstoffe und 5,42 Mio. kg Stoffe aus verschiedenen Fasern.

Kapitals aufgrund der geänderten Lage auf dem Finanzmarkt vertagt hat. Die Nachfrage habe das rd. 1,5fache des Angebotes betragen, jedoch die gebotenen Preise lage unter den erwarteten \$ 2,50 bis \$ 2,75 pro Aktie.

Das Staatssekretariat für Industrie und Handel gab die Erhöhung der Zollsätze für verschiedene Molkeerprodukte von ausserhalb des Mercosur bekannt, um sie mit jenen der Mercosurpartner gleichzustellen. Mozzarella, harter und halbharte Käse sowie gewisse Milchsorten werden statt 19% bzw. 17% in diesem Jahr 30% bezahlen. Ab 2000 beträgt der einheitliche Mercosurzoll 27%.

Die in Mar del Plata und anderen Städten der Provinz Buenos Aires tätige Supermarktkette Aragon hat ein Vergleichsverfahren beantragt, da sie sich mit ihren Gläubigern nicht einigen konnte.

Ein Konsortium aus 9 Banken will der Rentnerverwaltung Pami ein Darlehen von \$ 100 Mio. auf 5 Jahre gewähren um die dringenden Dienstleistungen für ein Quartal zu sichern, während das Institut sich um weitere Kredite bemüht. Die Regierungsgarantie für den Fall einer Auflösung des Pami wurde als genügend betrachtet. Die Banken Galicia, Francés und Rio brachten je \$ 22 Mio. ein, Citibank und Scotia Bank je \$ 10 Mio., Banca Nazionale del Lavoro und Credicoop je \$ 5 Mio. und Banco de Rio Negro und Comafi Bank je \$ 2 Mio. Die Banken Morgan, of America, Chase Manhattan, Ciudad, Bisel, Boston, Deutsche Bank, ING, Mercantil, de la Nación, Amro, Roberts u.a. konnten nicht überzeugt werden, dem Konsortium beizutreten. Auch die Banco de la Provincia weigerte sich. Die Banco de la nación hatte dem Pami vor zwei Monaten \$ 60 Mio. zu 8% Jahreszinsen geliehen, als die Privatbanken noch 13% forderten.

Die nun zur Pérez Companc-Gruppe gehörende Molinos Rio de la Plata gab der Börse bekannt, dass sie bis zu 75 Mio. Stammaktien Klasse B zum Preis von einem Peso pro Aktie ausgeben wird.

Das Modegeschäft Etam und der Autobushersteller El Detalle haben Gläubigerversammlungen einberufen. Etam wurde im November 1997 von der deutschen Steilmann für US\$ 15 Mio. erworben, vor einigen Monaten jedoch an die deutsch-armenische FAA-Gruppe über deren Tochterfirma Krutter gekauft. Das Modegeschäft macht mit 84 Verkaufslokalen etwa US\$ 55 Mio. Jahresumsatz. El Detalle machte im Vorjahr Schlagzeilen, als sie ein Busmodell mit niedrigem Einstieg vorstellte und ein Dekret die Masse dieses Einstiegs vorschrieb. Mercedes Benz, die ihr

weltweit bewährtes Modell anbot, protestierte energisch. Schliesslich erhielt El Detalle 50% Marktanteil bei diesem Busmodell.

Shell hat die Benzin- und Dieselölpreise aufgrund der gestiegenen Erdölpreise um rd. 2% angehoben. Die restlichen Anbieter haben sich noch nicht geäussert.

Celulosa Argentina schliesst

ihre Papierfabrik in Zárate. Obwohl die Rezession als Grund angegeben wird, liegt die tiefere Ursache darin, dass die Fabrik veraltet und unwirtschaftlich ist.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) erteilte ein Darlehen von US\$ 73,8 Mio. für den Bau der Brücke zwischen den Städten Victoria und Rosario. Das Projekt sieht eine Hängebrücke mit zwei

Fahrbahnen vor.

Aerolíneas Argentinas bildet mit Lan Chile ein Gemeinschaftsunternehmen zu gleichen teilen, das die ungenutzte Frachtkapazitäten von Aerolíneas vermarkten wird. Lan Chile ist Regionalerster bei Luftfrachten.

Alpargatas hat eine Kaufoption für 90% von Mase SA unterzeich-

Beinahe 2 Mio. Arbeitslose

In ganz Argentinien betrug die Arbeitslosigkeit in den Städten im Mai 14,5% der Erwerbsbevölkerung und erreichte 1,87 Mio. Menschen. Es gab 8,9% arbeitssuchende Unterbeschäftigte und 4,8% nicht arbeitssuchende Unterbeschäftigte, wie das Statistikamt Indec bekanntgab.

Im Mai wurde im Vorjahresvergleich eine Zunahme der Erwerbsbevölkerung um 335.000 verzeichnet, von denen sich 179.000 im Raum Buenos Aires befinden. Das ist die höchste Zahl seit 1980.

Nach Angaben des Staatssekretariates für Wirtschaftsplanung nahm im Vergleichszeitraum die Zahl der Beschäftigten in Stadtgebieten um 1,2% bzw. 139.000 zu, davon 60.000 im Raum Gross Buenos Aires. Die Zunahme der Arbeitslosen betrug im gleichen Zeitraum 196.000. Nach vorläufigen Ergebnissen besteht die zusätzliche Erwerbsbevölkerung schwerpunktmässig aus Frauen, Menschen der Altersklasse zwischen 30 und 59 Jahren und Menschen mit gehobener Ausbildung.

Die Branchen, die die meisten Arbeitskräfte aufgenommen haben, sind Dienstleistungen für Unternehmen, Hauspersonal, Baugewerke und Handel. Die meisten zusätzlichen Stellen wurden von der Privatwirtschaft für Arbeitskräfte ohne Rentenabgaben geschaffen, mit wöchentlichen Arbeitszeiten bis zu 45 Stunden.

Im Mai zählte die Stadtbevölkerung im ganzen Land 32,96 Mio. Menschen (um 550.000 mehr als vor einem Jahr), die Erwerbsbevölkerung nahm von 13,27 Mio. auf 13,60 Mio. zu. Beschäftigt waren 11.73 Mio., im Vorjahresmai 11,59 Mio., Arbeitslos waren 1,87 Mio. (Vorj. 1,67 Mio.), davon 858.000 (Vorj. 745.000) im Raum Gross Buenos Aires, 467.000 (Vorj. 429.000) in Ballungsgebieten und 546.000 (Vorj. 500.000) in anderen Stadtgebieten. Die Landbevölkerung ist in den vorliegenden Ermittlungen des Staatssekretariates für Wirtschaftsplanung nicht eingeschlossen.

Im Bahía Blanca wurde die Ar-

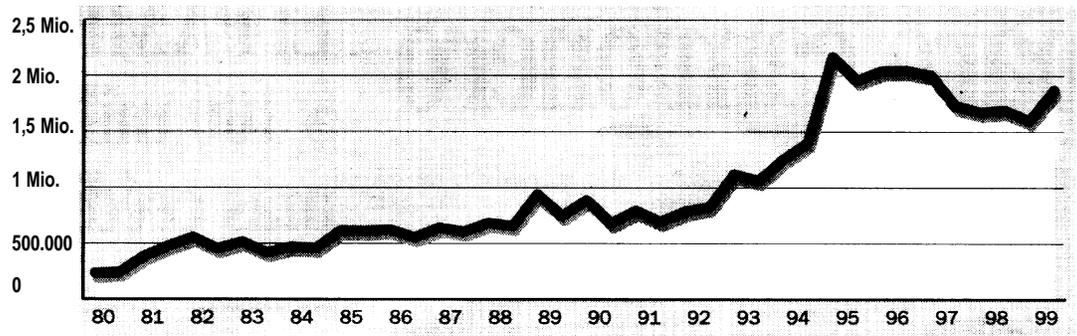
beitslosigkeit von 14% im Vorjahr auf 8,8% verringert, wobei vorübergehende Anstellungen durch die Provinz und durch Gemeinden ausschlaggebend waren. Weitere Verringerungen der Arbeitslosigkeit im Vergleichszeitraum wurden in Gross Resistencia, von 10,4% auf 9,5%, La Rioja von 9,7% auf 8,3%, Salta von 14,7% auf 14,6%, Gross San Juan von 8,5% auf 8,1%, San Luis und El Chorrillo von 8,7% auf 7,3% und Santiago del Estero und La Banda von 9,8% auf 7,2% ermittelt.

In Prozentsätzen wurde die grösste Arbeitslosigkeit in Tucumán und Tafi del Valle, 19,2% (Vorj. 14,8%) vor Mar del Plata und Batán, 18,2% (Vorj. 15,4%) und im Vorstadsgebiet von Buenos Aires, 17,5% (Vorj. 15,8%) ermittelt. Die geringsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Posadas 5,7% (Vorj. 4,3%), Santiago del Estero 7,2% (Vorj. 9,8%), San Luis 7,3% (Vorj. 8,7%) und Gross Mendoza 7,6% (Vorj. 5,9%). Buenos Aires Stadt hatte 10,5% Arbeitslose gegen 9,5% im Mai vor-

Beschäftigtenzahlen in %

	Alle 28 ermittelten Gebiete		Gross Buenos Aires						27 Gebiete, Landesinn. ohne Gross Bs. Aires	
			Insgesamt		Bs.As Stadt		Randgebiete		Bs. Aires	
	Mai 1998	Mai 1999	Mai 1998	Mai 1999	Mai 1998	Mai 1999	Mai 1998	Mai 1999	Mai 1998	Mai 1999
Erwerbsbevölkerung	42,4	42,8	45,6	46,6	49,7	50,8	44,1	45,1	38,8	38,5
Beschäftigte	36,9	36,6	39,2	39,3	45,0	45,5	37,2	37,2	34,2	33,6
Arbeitslose	13,2	14,5	14,0	16,6	9,5	10,5	15,8	17,5	12,0	12,9
Unterbesch.suchend	8,2	8,9	8,1	8,8	6,1	5,9	8,8	9,9	8,5	9,0
Unterb.nicht such.	5,1	4,8	5,1	5,1	4,7	4,5	5,3	5,3	5,0	4,4

Arbeitslosigkeit der Stadtbevölkerung



Quelle: Staatssekretariat für Wirtschafts- und Regionalplanung

net. Damit übernimmt sie die Sportartikelmarken Avia und Umbro und kommt auf 34% Anteil an diesem Markt. Masel hat die Umbro-Lizenz für Argentinien und Uruguay und die von Avia für diese Staaten und Paraguay. Im Vormonat konnte Alparagas mit einer Gruppe von 30 Banken ihre wesentlichen Verpflichtungen umschulden. Die Banken, unter der Federführung von UBS, kapitalisieren US\$ 130 Mio. von den umgeschuldeten US\$ 450 Mio., bei Gesamtschulden von etwa US\$ 650 Mio. Für rd. 320 Mio. werden neue Obligationen auf 10 bis 15 Jahre ausgegeben.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat Unregelmäßigkeiten bei der Umsetzung von 47 Industrieförderungen in den Provinzen San Juan (17), La Rioja (15), Catamarca (9) und San Luis (6) festgestellt. Die Gesamthinterziehung soll \$ 860 Mio. betragen. Die meisten Unternehmen haben die übernommenen Verpflichtungen der Arbeitsplatzbeschaffung nicht erfüllt. Die Förderung gestattet Unternehmen, Steuer- und Abgabenverpflichtungen aufzuschieben, wenn sie im Gegenzug Investitionen mit gewissen Auflagen durchführen.

Die staatliche Wertschriftenkommission hat die Bestimmungen über Termin- und Optionsgeschäfte internationalen Gepflogenheiten angepasst. Dadurch sollen die Termin- und Optionsmärkte und ihre Überwachung internationales Niveau erreichen.

Der Senat hat ein Gesetz verabschiedet, durch das der Fiskalwert von brachen Ländereien für die 25%ige Verringerung der 1%ige Steuer auf mutmassliche Gewinne mindestens \$ 200.000 betragen muss. Damit werden Grundbesitze, die mit weniger als \$ 800.000 bewertet sind, von der Steuer ausgeklammert.

Die Industriekommission des Abgeordnetenhauses hat das Gutachten einstimmig angenommen, das Änderungen des Gesetzes das

bis 2000 für die Kfz-Industrie gilt, vorschlägt. Die wichtigsten Punkte sind die Verpflichtung 50% Teile heimischer Fertigung einzusetzen und die Pflicht, die eigene Aussenhandelsbilanz der Fabriken im Gleichgewicht zu halten. 2 Quartale in Folge mit geringeren Ausfuhren als Einfuhren sollen den Kfz-Fabriken nicht mehr gestattet werden.

Die Firma Fidelitas teilt mit, dass im 1. Halbjahr 1999, im Vorjahresvergleich, um 28% mehr Kontokorrente gesperrt wurden, schwerpunktmässig wegen wiederholter S Ausgabe von ungedeckten Schecks, die Klagen wegen Nichtzahlung von Konsumentenkrediten um 24% zunahmen, die Gläubigereinforderungen um 16% und die Konkursanträge um 12%.

Nach der Terminverschiebung wegen der Marktlage nimmt das Mautstrassenunternehmen Autopista del Oeste den Börsengang wieder auf. 30% des Kapitals sollen zu \$ 2 bis \$ 2,20 je Aktie angeboten werden.

Die ZB teilte mit, dass die Höchstzinssätze für die Garantie von Fristdepositen in Pesos auf 60 und mehr Tage ab Montag von 12% im Jahr auf 13,5% angehoben werden. Damit soll das Abwandern auf Dollardepositen, für die bis 8% garantiert wird, unattraktiv gemacht werden.

Der Unterstaatssekretär für Finanzierungen, M. Kiguel, gab in Washington bekannt, dass der IWF für Argentinien US\$ 8 bis 9 Mrd. für den Fall bereitstellt, dass eine Finanzkrise die Wirtschaft erschüttern könnte.

Das Gastransportunternehmen TGN (Transportadora de Gas del Norte) hat den Spatenstich für die Erdgasleitung von Paraná nach Uruguayana durchgeführt. Die 400 km lange Leitung, für die US\$ 250 Mio. investiert werden, ist die erste von Argentinien nach Brasilien. Sie soll Mitte nächsten Jahres fertiggestellt sein.

Forderungen der Industrie

Wirtschaftsminister Roque Fernández hat der Führung des Industriellenverbandes UIA (Unión Industrial Argentina) Regierungsmassnahmen zugesagt, um die heimische Industrie zu schützen und die Zinssätze für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) mit bis zu \$ 500 Mio. zu subventionieren.

Verbandsvorstand Osvaldo Rial erklärte der Presse nach der Besprechung im Wirtschaftsministerium, der Minister habe anerkannt, dass die Schwierigkeiten der Industrie nicht auf Ineffizienz, sondern auf äussere Ursachen zurückzuführen seien. Die wichtigsten Punkte der Besprechung seien folgende gewesen:

*Zinssätze: Die Wirtschaftsführung wird die Zinssätze für die kleinen und mittelständischen Unternehmen mit vier Prozentpunkten um insgesamt \$ 500 Mio. subventionieren. Der Plan wird von der Wirtschaftsführung mit dem Staatssekretariat für Pymes koordiniert.

*Zollsätze: Der Minister sagte zu, dass eine Zollerhöhung für Erzeugnisse von ausserhalb des Mercosur erfolgen könne, wenn eine tatsächliche Schädigung festgestellt wird.

*Schutzmassnahmen: Minister Fernández erklärte den Vertretern der Industrie, dass ihm ein Dekret zur Unterschrift vorliege, das Schutzmassnahmen für Schuhwerk und Bekleidung, einschliesslich aus Mercosurstaaten, vorsehe.

*Rückerstattungen: Der Industriellenverband wiederholte das Ansuchen um Beschleunigung der Rückerstattungen für Ausfuhren innerhalb und ausserhalb des Mercosur.

*Pyme-Bonds: Der Industriellenverband ersuchte den Minister, dass er bei der ZB vorstellig werde, damit die Vorschriften für die Neueinstufung von Schuldnern gelockert werden, um zu verhindern, dass eine grosse Anzahl der Unternehmen von der Möglichkeit ausgeschlossen bleiben, ihre Passiven umschulden zu können und dass die Höchstgrenze bei den Bonds abgeschafft wird.

*Steuer- und Sozialschulden: Der Industriellenverband ersucht die Wirtschaftsführung, die Umschuldung überfälliger Steuern und Soziallasten, besonders für Pymes, zu prüfen. Im gleichen Sinne wolle er in den nächsten Tagen bei dem Direktor des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP), Carlos Silvani, vorsprechen.

*Kauft argentinisch: Den Industrievertretern zufolge zeigte sich der Minister damit einverstanden, dass bei privatisierten und in Konzession vergebenen Staatsbetrieben schärfstens überprüft wird, ob die Auflage, dass bei Preisgleichheit ein argentinisches Erzeugnis vorgezogen werden muss, auch erfüllt wird.

*Kontokorrentpfändungen: Die Industrievertreter ersuchten, dass die Kontenpfändung bei Pymes eingestellt wird.

*Arbeitsflexibilisierung: Die Privatwirtschaft habe der Regierung ihre Unterstützung zugesichert, damit Arbeitsminister Uriburu die Massnahmen umsetzen kann, mit denen bei befristeten Arbeitsverträgen die Unternehmerbeiträge durch 6 Monate rückerstattet werden, wie es der Proempi-Plan vorsieht. Ausserdem soll die Probezeit für Arbeitnehmer auf 180 Tage erweitert werden.

UIA-Präsident Rial schloss mit der Mitteilung, dass die Liste der hilfebedürftigen Unternehmen dem Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau zugestellt wird.

Argentinischer Aussenhandel						
	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
1998						
April	2.490	(2.420)	2.766	(2.529)	-276	(-109)
Mai	2.572	(2.563)	2.626	(2.544)	-54	(19)
Juni	2.625	(2.265)	2.823	(2.447)	-198	(-182)
Juli	2.362	(2.358)	3.027	(2.734)	-665	(-376)
August	2.367	(2.356)	2.741	(2.694)	-374	(-338)
September	2.298	(2.277)	2.661	(2.767)	-363	(-490)
Oktober	2.015	(2.374)	2.591	(2.836)	-676	(-492)
November	1.892	(2.022)	2.457	(2.799)	-565	(-777)
Dezember	1.931	(2.022)	2.178	(2.607)	-247	(-585)
Total '98	26.442	(26.430)	31.405	(30.450)	-4.963	(-4.020)
1999						
Januar	1.575	(1.767)	1.902	(2.558)	-327	(-791)
Februar	1.527	(1.883)	1.846	(2.283)	-319	(-400)
März	1.984	(2.240)	2.075	(2.694)	-91	(-454)
April	2.176	(2.490)	1.866	(2.766)	310	(-276)
Mai	2.258	(2.572)	1.925	(2.626)	333	(-54)
5 Mon. '99	9.520	(10.952)	9.614	(12.927)	-94	(-1.975)

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. () = Vorjahr

Kassenbewegung des Schatzamtes im Juni			
ohne Banken und Privatisierungen in Mio. \$			
	Juni '98	Juni '99	
Schatzamt ohne ehemalig Provinzrentenkassen	232,3	-20,8	
Zweckbestimmte Mittel	20,5	183,9	
Dezentralisierte Körperschaften	24,7	13,7	
Soziale Sicherheit	76,5	46,7	
Staatsverwaltung	354,0	223,5	
Ehemalige Provinzrentenkassen	-108,2	-99,1	
Erweiterte Staatsverwaltung	245,8	124,4	
Staatsbetriebe und andere	-1,7	50,1	
Ergebnis der Öffentlichen Hand ohne Banken	244,1	174,5	
Gesamtergebnis ohne Privatisierungen			
	Ergebnis 1. Halbj. '99 (a)	IWF-Auflagen 1. Halbj. '99 (b)	Diff. (a-b)
Ergebnis der Öffentl. Hand ohne Banken	-2.378,8		
Anrechenbares ZB-Ergebnis, IWF-Berechnung, geschätzt,	169,0		
Gesamtergebnis	-2.209,8	-2.850,0	640,2
Gesamtergebnis ohne Lehrerfonds	-2.491,3		

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank								
(in Milliarden Pesos)								
	27.5.99	31.5.99	7.6.99	17.6.99	18.6.99	28.6.99	7.7.99	12.7.99
Gold, Devisen u. Anlagen	24,40	23,57	23,82	23,57	23,51	24,07	24,81	25,33
Staatspapiere	1,65	1,65	1,66	1,65	1,67	1,56	1,50	1,48
Internat. Reserven ZB	26,05	25,22	25,48	25,22	25,18	25,63	26,31	26,81
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,59	6,66	6,63	6,73	6,83	7,12	7,40	7,03
Währungsreserven des Finanzsystems	32,64	31,88	32,10	31,95	32,00	32,75	33,71	33,84
Notenumlauf	14,22	14,16	14,75	14,53	14,17	13,89	14,54	15,48
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,04	0,06	0,12	0,18	0,15	0,03	0,07	0,16
Monetäre Passiven	14,26	14,22	14,87	14,70	14,32	13,92	14,61	15,48
Nettosaldo Swaps	10,37	9,58	9,21	9,16	9,46	10,32	10,23	9,86
Depositen der Regierung	0,44	1,17	0,47	0,68	1,06	1,23	1,73	1,60
Finanzpassiven	24,61	24,63	23,81	24,08	23,78	24,24	24,90	25,35

Quelle: Zentralbank

Effektive Renditen der Staatspapiere		
Bond	Preis	Jahresrendite in
	US\$	%
Bote 10	98,32	9,96
Bonte 01	92,25	14,88
Bonte 04	89,00	14,97
Pre 2	126,25	11,54
Pro 2	79,75	14,61
FRB	82,90	14,55
Par	60,30	15,60
Global 2017	83,00	14,47
Global 2027	73,00	13,92

Quelle: Mercado Abierto SA